

*jewskij* und V. S. *Solowjow* anknüpfen konnte. Zu Beginn der sechziger Jahre verstärkte sich diese vor allem bei den Moralthologen wirksame Tendenz, die Änderung in der Welt als „Wirken der göttlichen Vorsehung“ zu betrachten. Zu den Bahnbrechern dieser Umorientierung gehören u. a. Metropolit *Nikodim*, Prof. V. M. *Borovoj* (ehemaliger Konzilsbeobachter und Vertreter des Moskauer Patriarchats in Genf), L. *Voronov*, P. S. *Sokolovskij* und N. A. *Zabolotskij*.

Diesem Umschwung liegt — so vermerkt Kuročkin weiter — eine theologische Neuinterpretation des Begriffs des „Gottesreiches“ zugrunde, das nicht mehr — wie früher „in völligem Mißverständnis“ — in ein besseres und glücklicheres Jenseits verlegt wird, sondern bereits auf Erden aufgebaut und verbreitet werden müsse. Damit in Zusammenhang stehe die „zunehmende Assoziierung der Aufrichtung dieses Gottesreiches auf Erden mit der kommunistischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Theologen und Vertreter des Moskauer Patriarchates, welche ihre Unterstützung der kommunistischen Ideale der Gleichheit und Gerechtigkeit damit begründen, daß sie den „Forderungen des Christentums entsprechen“. So habe der Patriarch Alexij wie der Heilige Synod anlässlich der 50-Jahr-Feier der Oktoberrevolution ihre „tiefe Befriedigung“ darüber ausgesprochen, daß diese mit dem Sieg der Revolution zusammenhängende gesellschaftliche Umgestaltung mit den Idealen des Evangeliums in Einklang“ stehe („JMP“, Heft 11, 1967, S. 2). Weiter würde in theologischen Arbeiten wie in der kirchlichen Propaganda die Idee der Vorsehung auf die sozialistische Gesellschaft angewandt, da die Sowjetregierung — ohne es selbst zu wissen — durch ihre Bemühungen um den Aufbau einer gerechten Gesellschaft den Willen Gottes verwirkliche.

In diesen Gedankengängen sieht Kuročkin — verständlicherweise — sofort das Bemühen, die Ideale der Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit usw., welche der Sozialismus theoretisch — bei gegenteiliger Praxis — für sich in Anspruch nimmt, als urchristliches Gut aufzuweisen. Daher streitet er die Ähnlichkeit der kommunistischen mit den christlichen Idealen kategorisch ab, vielmehr sei dieses kommunistische Ideal einer gerechten Gesellschaft längst vor dem Christentum entstanden, nämlich aus der „revolutionären Befreiungsbewegung der Massen“ im Laufe der Geschichte und völlig „unvereinbar“ mit dem Christentum („Nauka i Religija“, Mai 1969, S. 44).

So werde auch — andererseits — die Frage der „theologi-

schen Annäherung“ an die sozialetischen Vorstellungen des Kommunismus z. B. von *Zabolotskij* als „offene Frage“ bezeichnet, da das „Heil es vor allem mit dem Glauben an den Erlöser und Herrn“ zu tun habe und die philosophischen Grundlagen beider Systeme völlig unvereinbar seien (z. B. das Verständnis von Geschichte als Heilsgeschichte). Vielmehr wolle sich die russisch-orthodoxe Kirche mit dieser sozialen Umorientierung nur einen „modernen Anstrich“ geben, um dem „zerstörerischen Wirken der Zeit“ widerstehen zu können. Zu diesem Zweck müsse sie in vieler Hinsicht Anleihen bei den weltlichen Sozialtheorien machen, wodurch die Kirche zu einer „wunderlichen Mischung aus religiösen und nichtreligiösen Elementen wird“. Jedoch könne man — und damit kommt ein taktisches Moment ins Spiel — aufgrund dieses neuen Selbstverständnisses der Kirche auf sozialem Gebiet „die Treue zur Religion verbinden mit der Teilnahme der Gläubigen am Aufbau der neuen Gesellschaft“.

Die „sozialistische Ideologie“, die sowjetische Lebensweise, das „gesamte sittliche Klima unserer Gesellschaft“ wirken sich notwendig auf Bewußtsein und Verhalten der Gläubigen aus. Dieser Prozeß der Einwirkung sozialpolitischer Ideen auf die Kirche nehme heute jedoch insofern „neue Züge“ an, als er — nach Auffassung von Kuročkin u. a. — den Glauben oft in den Hintergrund abdrängt“ und „die religiösen Grundlagen unterspült“ („Nauka i Religija“, Juli 1969).

Aus Darstellung und Interpretation des Erneuerungsbestrebens der russisch-orthodoxen Kirche durch die sowjetischen Theoretiker wird ersichtlich, daß sich an den theoretischen Beurteilungskriterien religiöser und kirchlicher Phänomene nichts geändert hat. Man wendet sie nur differenzierter an. Religion und Kirche haben sozialpolitisch reaktionär zu bleiben. Es wird auch das widersprüchliche praktische Verhalten der offiziellen Partei- und Regierungsstellen der Kirche gegenüber deutlich: einerseits wird sie — aus prinzipiellen ideologischen Gründen — als eine in ihrer Erneuerung doppelt gefährliche Religion, vor allem auf Gemeindeebene, bekämpft; andererseits wird sie als politisch relevanter Faktor angesehen, der in die Regierungspolitik — vor allem die Außenpolitik — einkalkuliert wird. Ist die politische Relevanz vornehmlich durch das Prestigebedürfnis der Sowjetregierung vor der Weltöffentlichkeit bedingt, so ist die „ideologische“ Relevanz der Kirche mit dem notwendig mit dem Sowjetsystem konkurrierenden Totalitätsanspruch der Kirche gegeben. Und daran wird sich so schnell nichts ändern.

## Länderberichte

### *Der soziale und religiöse Konflikt in Nordirland*

Es hätte wirklich keiner Bestätigung durch die Augustunruhen bedurft, um die leidige Permanenz der Krise in Nordirland (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 263 ff.) zu unterstreichen. Englische Truppen, von der ratlosen nordirischen Regierung zu Hilfe gerufen, von den Bürgerrechtlern mit offener Begeisterung und den streitbaren Protestanten zunächst mit Skepsis und dann mit unverhohlener Feindseligkeit aufgenommen, bewachen (und erneuern gelegentlich) seit Mitte August die Barri-

kaden, die die Kombattanten errichtet haben, um sich gegen „outsiders“ zu schützen. Die Polizei, der Parteilichkeit nachgesagt werden mußte, konnte während der Augustunruhen niemanden mehr schützen, nicht einmal mehr sich selber, wenn sie zwischen die Fronten geriet. Unsicherheit und Furcht haben sich verstärkt und haben ihre eigenen, viel schwerer wieder abzubauenen Barrikaden aufgetürmt.

Wohl alle Lager der Streitenden, und allmählich sogar die

kontinentale Presse, stimmen darin überein, daß man die gegensätzlichen Parteien zwar als Katholiken und Protestanten bezeichnet; doch „wesentlicher sind andere Unterschiede, die heute nur wie zufällig mit der Konfession zusammenhängen“ (*N. Benckiser*). Es sind „politische, soziale und wirtschaftliche“ (*Kardinal Conway*) Gründe, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben. Die politischen Gründe haben ihre Wurzeln in der siebenhundertjährigen Geschichte des irischen Freiheitskampfes und in der vor über dreihundert Jahren begonnenen „Landnahme“ (protestantischer) anglo-schottischer Siedler, die dann das ihnen von der englischen Krone zugewiesene fruchtbare Land im Nordosten der Grünen Insel vor dem „revanchistischen“ Zugriff der früheren Eigentümer mit der oft allzu grausamen Hilfe englischer Truppen verteidigten. Im gleichen Maße, in dem die blutigen Strafexpeditionen gegen die irischen „Aufständischen“ nachließen und die Interessen der protestantischen Siedler mit anderen Mitteln geschützt werden mußten, wurde aus den Gegensätzen ein *soziales* Problem.

Die Iren, die aus Überzeugung, aus Anhänglichkeit an ihre Tradition und in fanatischer Opposition zu den Briten katholisch blieben, mußten daran gehindert werden, sich in den Besitz der „Produktionsmittel“ (zunächst Grund und Boden, dann Wohnungen, Arbeitsplätze usw.) zu setzen, die wiederum zur Voraussetzung politischer Mitsprache wurden. Damit war auch das *wirtschaftliche* Problem geschaffen, das jede Überhandnahme des Arbeitslosenproletariats begleitet. Mit der (durch den Home Rule Act von 1920 gegebenen) Teilung der Insel in eine Republik im Süden und Nordwesten der Insel und dem sich selbst regierenden Dominion der britischen Krone der sechs Grafschaften im Nordosten, war weiterer Zündstoff gegeben: der Norden empfand die Grenze weniger als Demarkationslinie denn als Symbol einer ständigen „Belagerung“ nicht nur von jenseits, sondern auch von innerhalb der sechs Grafschaften und machte ihre Unverrückbarkeit zum Fanal und zugleich zum Menekel seines fast ins Hysterische reichenden und ständig sich gegenüber subversiven Anschlußtendenzen von seiten der katholischen Minorität erneuernden Selbstbehauptungswillens. Die dabei immer mehr in den Schatten der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik geratende katholische Minderheit, die immerhin ein Drittel der Gesamtbevölkerung Nordirlands ausmacht, fand schließlich in der sogenannten Bürgerrechtsbewegung eine (ursprünglich und heute noch prinzipiell gewaltlose) Verfechterin ihrer lang angestauten sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse.

### *Kaum praktikable Lösungen*

Die Entladung dieser ungeheuren Spannungen und Stauungen vollzog sich in fast physikalischer Gesetzmäßigkeit. Es gab bei den Unruhen bislang neun Tote, viele Hunderte von Verletzten, Tausende von Obdachlosen und ungeheuren Sachschaden. Vor den geistigen und materiellen Trümmern stehen heute die Regierung Nordirlands, die ihre Machtlosigkeit schon durch den Ruf nach militärischer Hilfe von seiten Englands offenlegte, die englische Regierung, die durch Entsendung von Truppen und zivilen Beratern ihre Verantwortung anerkannt hat, die Bürgerrechtsbewegung, die durch die englische Intervention beweisen kann, daß die herrschende Unionspartei außerstande ist, die dringend erforderlichen Reformen selbst zu bewerkstelligen — und die Kirchen, die es

nicht vermocht haben, Wesentliches zur Lösung der sozialen Frage in ihrem Lande beizutragen.

Es ist eine seltsame Wegscheide, an der Nordirland zu stehen scheint. Verschiedene „Wege“ werden angeboten:

1. Wiedervereinigung mit der Republik, die nur von Eire propagiert, aber von der mit absoluter Parlamentsmehrheit regierenden Unionspartei und inzwischen selbst von großen Teilen auch der katholischen Opposition mehr oder weniger leidenschaftlich als Möglichkeit abgelehnt wird.

2. Gänzliche Aufgabe der eigenen Souveränität und Verwaltungshoheit, die an das Parlament in Westminster übertragen wird, wie es etwa der Bürgerrechtsbewegung vorschwebt, die eher von Briten als von einer „korrupten“ Unionspartei regiert werden möchte. Diese Lösung würde nicht einmal England willkommen sein, das sich kein „Alabama“ (vgl. „The Observer“, 10. 8. 69) und auch kein „zweites Rhodesien“ („The Irish Times“, 2. 9. 69) einhandeln will. Außerdem wurde in der gemeinsamen Erklärung beider Regierungen vom 19. August eigens bestätigt, daß Nordirland „ohne Zustimmung des nordirischen Parlaments und unter keinen Umständen aufgehört wird, Teil des Vereinigten Königreiches zu sein“.

3. Der von *D. Fennel* (vgl. „The Irish Times“, 19. 8. 69) vorgeschlagene Weg, der zur Schaffung von zwei ethnisch und religiös getrennten Bundesstaaten führen würde, aus deren obersten Repräsentationsgremien wiederum eine „Oberregierung“ zu bilden wäre, scheint wenig gangbar zu sein. Eine solche „Lösung“, wie sie auffallenderweise auch in Kreisen protestantischer Extremisten einzeln propagiert wird, dürfte wohl nur jenen willkommen sein, die bereit wären, die Entstehung noch strengerer konfessioneller Gettos und einer sozialen „Apartheid“ hinzunehmen.

Ehe jedoch eine politische Lösung der Krise in Nordirland angestrebt wird, sieht sich die Regierung unter *J. D. Chichester-Clark* vor die Aufgabe gestellt, mit Hilfe und unter neuerdings sehr auffälligem Drängen von seiten Westminsters den Weg der sozialen Reformen, der nicht nur unter dem früheren Premierminister *T. O'Neill* (nach „Le Monde“ neuerdings „wieder in Reserve“), sondern auch unter der neuen Unionsregierung im Kreisverkehr um die Insel der eigenen Selbstbehauptungsinteressen zu verlaufen schien, in gerader Richtung energischer als bisher voranzutreiben.

### *Die längst überfälligen Reformen*

Vor den längst überfälligen sozialen und kommunalpolitischen Reformen hat jedoch angesichts der gespannten Lage die *Befriedung* des Landes absoluten Vorrang. Der britische Innenminister *J. P. Callaghan* hat nach mehrtägigem Aufenthalt in den Unruhegebieten ein Fünf-Punkte-Friedensprogramm vorgeschlagen, das (nach Meinung des „Belfast Telegraph“ vom 30. 8. 69) im Falle eines Mißlingens „keine Alternative zur direkten Machtübernahme durch Westminster zuläßt“. Es sieht neben einer sofortigen Kapitalhilfe (von ca. 2,5 Millionen DM) die Ernennung eines bei der nordirischen Regierung residierenden (britischen) Ministers für kommunale Beziehungen, die Errichtung einer britischen Mission zur Einleitung wirtschaftlichen und industriellen Fortschritts, die Bildung eines interkonfessionellen Komitees, das sich der Beschwerden der Bevölkerung annehmen soll, und eine englisch-nordirische Untersuchungskommission zur Aufklärung der

Ursachen für die Unruhen vor. Die Untersuchungskommission, der je ein katholischer und ein protestantischer Jurist angehört, soll unter der Leitung eines hohen englischen Richters, *Sir Leslie George Scarman*, im Zeitraum von etwa sechs Wochen einen Tätigkeitsbericht vorlegen. Eine weitere Kommission, die der einst gefeierte Mount-Everest-Bezwinger, *Lord Hunt*, anführt und der zwei hohe britische Polizeioffiziere angehören, soll sich mit der Reform des nordirischen Polizeiparats und der Möglichkeit seiner Neubildung befassen. Ferner werden hohe englische Regierungsbeamte den nordirischen Innenminister bei der Durchführung der Reformen beraten. Die Reformen selbst sollen mit größtmöglicher Effizienz und Dringlichkeit durchgeführt werden. J. D. Chichester-Clark hat sich nicht nur gegenüber Premierminister *Wilson*, sondern vor dem nordirischen Parlament feierlich dazu verpflichtet. Der ganze Komplex der bürgerrechtlichen Diskriminierung, die von der Unionspartei nach wie vor gelegnet wird, ist eng ineinander verfilzt und muß daher als Ganzes verschwinden. Das Besitzwahlrecht, das politischen Einfluß der Minderheit verhindert, weil diese auf Grund ihrer eklatanten Unterrepräsentanz in den Kommunalverwaltungen, bei der Wohnraumvergabe und bei der Arbeitsplatzzuweisung benachteiligt wurde, und das dann noch zusätzlich durch größte Manipulation der Wahlkreiseinteilung zu einer ungeheuer starken Reduzierung der kommunalpolitischen Mitsprachemöglichkeit der Betroffenen führte, soll schon 1970 abgeschafft werden. Durch Ansiedlung neuer Industrien soll die Arbeitslosigkeit reduziert (allein um sie konstant zu halten, ist die jährliche Schaffung von 6000 neuen Arbeitsplätzen notwendig!) und durch den Kapitalzufluß der Wohnungsbau beschleunigt werden. Neben diesen Reformen hatte die Bürgerrechtsbewegung noch die Auflösung der nordirischen Hilfspolizei, einer nur aus Protestanten bestehenden Organisation mit über 50-jähriger militanter Tradition, sowie die Aufhebung des sog. „Special Powers Act“ gefordert, wonach jeder Bürger jederzeit ohne Angabe von Gründen für 48 Stunden in Haft genommen werden kann. Die erste Forderung wurde durch die Unterstellung der gesamten Polizeimacht unter den britischen militärischen Oberbefehlshaber in Nordirland und durch dessen Ankündigung (am 22. August) der „stufenweise raschen“ Entwaffnung der sog. „B-Specials“ und des Rückzugs dieser Truppe aus den Unruhegebieten nahezu voll erfüllt. Auf eine Lockerung des Special Powers Act, der der UN-Menschenrechtskonvention, die auch von England unterzeichnet wurde, widerspricht, deutet die sicher nicht zufällige Tatsache hin, daß während des Besuches des britischen Innenministers in Nordirland zwölf während der Unruhen verhaftete Personen wieder freigelassen wurden (nach „The Tablet“, 6. 9. 69).

### *Die Haltung der kirchlichen Führung*

Das Reformpaket, das den einen (den Bürgerrechtlern, die eine Aufhebung der Verfassung gefordert hatten) zu klein, den anderen (dem rechten Flügel der Unionspartei und besonders den sektiererischen Extremisten unter *I. Paisley*) viel zu groß erscheint, wurde von den Kirchen insgesamt gutgeheißen. Alle haben sie (auch der Papst am 17. August in Castel Gandolfo und der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen während seiner Tagung in Canterbury; vgl. ds. Heft, S. 460) in

einer Botschaft an den Rat der Kirchen in Irland (vgl. „The Irish Times“, 16. 8. 69) die blutigen Unruhen bedauert. Kardinal Conway hält jeden Tag, „der nicht der Durchführung von Reformen dient, für gefährlich“. Denn die Diskriminierung, „deren Ziel ein politisches, deren Mittel jedoch wirtschaftlicher und sozialer Natur“ seien, müsse beendet werden. In (seit Oktober 1968) sieben Fernsehansprachen und mehreren Predigten und Presseinterviews hat der Kardinal dazu aufgerufen, Gewaltanwendung zu vermeiden, Ruhe zu wahren, sich um den Frieden zu bemühen. „Viele Spannungen haben nicht Haß, sondern Angst als Ursache. Wir haben die Aufgabe, zur Lösung der Spannungen beizutragen“ (vgl. „The Irish Times“, 18. 8. 69). Sogar der protestantische Premierminister dankte Kardinal Conway für seine Friedensappelle. Die Behauptung jedoch, die die katholischen Bischöfe von Nordirland in einer gemeinsamen Erklärung geäußert haben, die Katholiken seien zu den Augustunruhen provoziert und angegriffen worden, wurde vom Oberhaupt der Presbyterianischen Kirche scharf zurückgewiesen. Des Kardinals Sympathie für die Bürgerrechtsbewegung trat in seiner Erklärung vom 14. August zutage, in der er vor einer „ Eskalation der Gewalt“ warnte, die die „Bürgerrechtsbewegung ernsthaft schwächen“ würde (vgl. „The Irish Times“, 15. 8. 69).

Der anglikanische Primas der Church of Ireland, Erzbischof *Simms*, rief (in einem gemeinsamen Fernsehgespräch der nordirischen Kirchenführer vor BBC, 30. 8. 69) dazu auf, zu zeigen, daß man „zusammenarbeiten kann, ohne die eigenen Prinzipien zu verleugnen“. Und der Moderator der irischen Presbyterianer, *J. T. Carson*, der sich wiederholt von dem selbsternannten „Pfarrer“ *I. Paisley* distanziert hat, vertrat die Ansicht, daß die historisch bedingten Unterschiede kein Grund seien, „sich gegenseitig an die Kehle zu springen“. Die Methodisten forderten, die „Wandlung in den Herzen der Menschen“ zu beginnen und zur Zusammenarbeit „in echt christlichem Geist“ zu bewegen. Dieser Geist der Zusammenarbeit, der zweifellos eine noch viel breitere Basis finden muß, hat sich in vielfacher Weise während der Unruhen (durch Einrichtung gemeinsamer Hilfsstellen) und danach (in gemeinsamen „Friedenswachen“ in den Straßen) manifestiert. Gewiß, es ist nicht genug, daß „inoffiziell“ Kontakte in gemeinsamen Aktionskreisen bestehen und daß sich Geistliche und Bischöfe beider Konfessionen „offiziell“ miteinander in den Straßen der von den Unruhen heimgesuchten Städte zeigen. Aber es ist wenigstens ein Zeichen dafür, daß man nicht gewillt ist, „im Namen Jesu“ (wie bezeichnenderweise die oben erwähnte BBC-Sendung hieß) den Haß zwischen den Konfessionen weiterzuschüren, der bei den nordirischen Vorgängen vielleicht nur bei einigen unverbesserlichen Fanatikern lebendig ist.

Wenn auch der Vorschlag eines Londoner Labour-Abgeordneten, der Papst und der anglikanische Erzbischof von Canterbury (von dem bislang keine Äußerung zu den Unruhen bekannt geworden ist), sollten in Nordirland vermitteln, sehr unrealistisch ist, so wäre es doch eine Aufgabe der Kirchen in diesem Land, nicht „die Religion aus der Politik auszuklammern, sondern mehr religiösen Geist hineinzubringen; kein Sektierertum, keinen trennenden Konfessionalismus, sondern wahre Religion, die die Menschen als Brüder und Kinder eines Gottes sieht“ (*J. A. Coulter: The Church in Northern Ireland, „The Furrow“, August 1969, S. 407*).